

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Jens Wolf, Joachim Lenders, Dietrich Wersich,  
David Erkalp, Michael Westenberger (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Bessere Koordination von Großveranstaltungen in Hamburg**

Ob Triathlon, Harley Days, Schlagermove oder Ironman – insbesondere im Bezirk Hamburg-Mitte sind die Hamburgerinnen und Hamburger an den Wochenenden im Sommer oftmals leidgeplagt. So attraktiv jede einzelne Großveranstaltung auch ist, ist eine Entzerrung dieser Veranstaltungen dringend nötig. Nachdem im April 2017 bekannt wurde, dass der Triathlon und der Schlagermove nur eine Woche nach dem G20-Gipfel am selben Wochenende stattfinden, kündigte der Innensenator an, das Genehmigungsverfahren für Großveranstaltungen zu vereinfachen, um eine bessere Koordination zu ermöglichen und Überschneidungen zu vermeiden.

Nach Angaben des Senats in der Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage Drs. 21/9945 befinden sich Änderungen des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Bezug auf die Genehmigungspflicht von öffentlichen Veranstaltungen in der Erarbeitung.

Neben der zeitlichen Entzerrung von Großveranstaltungen ist eine verbesserte Verteilung unter den Bezirken dringend erforderlich. Der Polizei Hamburg als zuständiger Behörde werden im Rahmen der Anmeldung sämtliche Informationen zu geplanten Veranstaltungen mitgeteilt. Um bezirksübergreifend eine verbesserte Koordination der Großevents vornehmen zu können, ist es erforderlich, diese Informationen den zuständigen Stellen in allen Bezirksamtern rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. im Zuge der Novellierung des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Bezug auf die Genehmigungspflicht von öffentlichen Veranstaltungen der Polizei Hamburg die Pflicht aufzuerlegen, die bei ihnen eingehenden wesentlichen Informationen zu geplanten Veranstaltungen allen Bezirksamtern zentral zur Verfügung zu stellen, um eine zeitliche und örtliche Entzerrung der Veranstaltungen zu erzielen;
2. dafür zu sorgen, dass künftig Großveranstaltungen verstärkt auch in anderen Bezirken als in Hamburg-Mitte stattfinden;
3. der Bürgerschaft bis zum 31. März 2018 zu berichten.